

»Eine Nummer zu groß?«

Chancen einer Kirchengeschichte in ökumenischer Perspektive

Andreas Mühling

1 Vorbemerkung

Das Thema lautet bewusst: »Eine Nummer zu groß?« So soll im Folgenden danach gefragt werden, was Ökumene als »tatkraftige Suchbewegung« angesichts der Unvollkommenheiten, mit denen wir zu leben haben, bewirken kann. Es soll der Überlegung nachgegangen werden, was die Kirchengeschichte, die in ökumenischer Perspektive agiert, für unsere Kirchen, für unsere Gesellschaft insgesamt, leisten kann, sowie geklärt werden, ob die Probleme für die Ökumene nicht doch »eine Nummer zu groß« sind. Zunächst ist jedoch der Blick auf ein Problemfeld zu richten, welches anscheinend nur wenig mit ökumenischer Kirchengeschichte und ihren wissenschaftlichen wie kirchlichen Auswirkungen zu tun hat – nämlich das der Kulturpolitik.

2 Kulturpolitik als Problemfeld

Auf der politischen Agenda steht Kulturpolitik, also Entscheidungen und Handlungen im Bereich von Erziehung und Bildung, Kunst und Religion, Wissenschaft und Forschung, zurzeit weit oben. Staatliche Institutionen, Kirchen, religiöse Gemeinschaften, Verbände, Gewerkschaften wie private Interessengemeinschaften versuchen, ihre Beziehungen untereinander abzustimmen und ringen um die immer knapper werdenden finanziellen Mittel. Mit der Unsicherheit in der Gesellschaft steigen deren Ansprüche an die Kulturpolitik.

Die Bandbreite der Themen ist von der kulturellen Identität der ländlichen Bevölkerung, der Integration oder Inklusion von Migrantinnen und Migranten innerhalb der Gesellschaft über das Problem einer möglichen Gleichstellung von christlichen mit nichtchristlichen Religionsgemein-

schaften bis hin zum Leit- oder Schreckensbild einer multikulturellen Gesellschaft weit gespannt. Auch nach der Zukunft von Bildungsmöglichkeiten in sich gegenwärtig verstärkt entleerenden Landstrichen wird gefragt: Wie verhält es sich mit ländlichen Räumen ohne Dorfschulen, ohne kirchliche Bibliotheken, wie mit Gemeinden ohne pastorale Betreuung und ohne kulturelles Leben?

An diesem kulturpolitischen Diskurs sind Kirchen und Theologie in nur eingeschränktem Maße beteiligt. Zwar wird ihnen in ethischen und sozialen Fragen noch immer Beachtung entgegengebracht, doch ihre kulturpolitische Bedeutung scheint, trotz zahlreicher kirchlicher Bemühungen in den letzten Jahren, deutlich zurückgegangen zu sein.

Wie lässt sich dieser Befund erklären? Weshalb haben Kirchen ihre kulturell gestaltende Kraft, die sie früher in Stadt und Land einmal besaßen, weitgehend verloren? Erklärungsmuster wie »Säkularisierung« oder »religiöse Beliebigkeit« greifen an dieser Stelle zu kurz. Das Problem liegt meines Erachtens tiefer, und zwar im kirchlichen Selbstverständnis.

In den vergangenen Jahrzehnten hat ein grundlegender Paradigmenwechsel innerhalb des kirchlichen Selbstverständnisses stattgefunden. Die bis dahin allen Konfessionen gemeinsame Überzeugung, eine allein seligmachende »Heilsinstitution« zu sein, wurde in den Kirchen zumindest von zahlreichen Gläubigen fast vollständig aufgegeben. Der im mitteleuropäischen Raum über Jahrhunderte hinweg von den Konfessionskirchen vertretene Anspruch, öffentlich allgemein verbindliche Grenzen zu markieren, deren Beachtung für die Gläubigen heilsnotwendig sei, wurde deutlich zurückgenommen.

Dieser Wechsel hat Konsequenzen für das gegenwärtige Zeugnis der Kirchen und ihre öffentliche Wahrnehmung: Wie sprechen Kirchen heute von ihrem Glauben, wie von der Gnade Gottes? Wie machen sie Erlösung und gelebte Spiritualität erfahrbar? Und schließlich: Wie markieren sie innerhalb des gesellschaftlichen Dialoges die Grenzen jener Glaubensüberzeugungen, die ihrer Überzeugung nach nicht aufgegeben werden dürfen?

Die Antworten auf diese Fragen bestimmen maßgeblich das kirchliche Gesicht und Gewicht gerade in kulturpolitischen Diskussionen. An dieser Stelle kommt Ökumene samt ihrer Geschichte ins Spiel und vor diesem Hintergrund werden im Folgenden zwei Thesen formuliert:

These 1: Kirchen und ihre Theologie leben in Traditionslinien.

Die Gewichtung der Tradition ist zwar unterschiedlich und kann sogar für protestantische Kirchen theologisch bedeutungslos erscheinen, aber Geschichte ist in markierbaren Grenzen stets präsent. Das bestimmt nicht

nur den kirchengeschichtlichen Zugang zur Kulturpolitik, sondern auch zu gegenwärtigen Diskussionen wie Chancen.

Zur Tradition von Theologie und Kirchen gehört die Begegnung. Diese Begegnung der religiös wie kulturell Getrennten war früher durchgängig Polemik. Begegnung als Polemik war aggressiv und wollte Irrtümer beim je anderen aufdecken. Irrtümer waren Krankheiten, die gebessert werden sollten. Im Streit durchgesetzt, führte diese Überzeugung zu schweren gesellschaftlichen Konflikten bis hin zu Glaubenskriegen. Der Erfolg bestimmte Sieger und Besiegte. Polemik war Streit- und sogar Kriegswissenschaft, ausformuliert als Dogmatik oder Kirchenrecht, abgesichert durch Kirchenzucht und kirchliche Lebensformen. Sie prägte die Kulturpolitik und leitete so über in Bereiche der Lebensgestaltung, des liturgischen Handelns, des wissenschaftlichen Ethos und der künstlerischen Fassung des Glaubens.

Kulturpolitische Polemik nimmt diese Tradition auf und betont das Besondere, das je Eigene seiner Überzeugung. Sie neigt dazu, andere zu verurteilen.

These 2: Trotz Säkularisierungsprozessen gab und gibt es immer Kontakte und Begegnungen zwischen Theologie, Kirchen und gesellschaftlich relevanten Gruppen.

Zur Geschichte der kulturpolitischen Beziehungen der Kirche gehörte auch Versöhnungshandeln. Begegnung als Irenik war und ist eine Zwillingschwester der Polemik. Statt polemischer Auseinandersetzung war die theologische Zielsetzung nun die engagierte Versöhnung getrennter Christen und ihrer Kirchengüter auf dem Boden fundamentaler, d. h. jeden Christen und jede Christin bindender Heilsgüter und Glaubenslehren. Statt strittiger Auseinandersetzung stand die gemeinsame Suche nach einem Konsens im Vordergrund.

Die Begegnung, also der gesellschaftliche Dialog, in den die Konfessionskirchen seit dem 16. Jahrhundert eintraten, bewegte sich stets zwischen diesen beiden Polen von Polemik und Versöhnungshandeln: Als gestaltende, oftmals miteinander konkurrierende Kräfte eröffneten sie den Menschen Lebensräume und markierten zugleich Grenzen, deren Überschreiten mit dem Verlust des »Seelenheils« massiv sanktioniert wurde.

Insbesondere seit dem ausgehenden 16. Jahrhundert zeigten sich die Konsequenzen der konfessionellen Grenzziehungen, die Mitteleuropa erfasst hatten, mit ganzer Wucht. Wichtige Bereiche des öffentlichen Lebens, wie Ehe und Familie, Schule und Bildung, Armen- und Krankenfürsorge, Aufgabenbereiche also, die bisher, mit wenigen städtischen Ausnahmen,

allein in der Kompetenz der Kirche gelegen hatten, wurden dem Einfluss weltlicher, jedoch stark konfessionell geprägter Kräfte geöffnet.

Die Gnade Gottes schien somit bis ins 18. Jahrhundert eindeutig zugeordnet zu sein: Mit gegenseitigen Verdammungen waren die Menschen rasch zur Hand. Göttliches Heil wurde stets nur der eigenen Position und ihren Anhängern und Anhängerinnen zuteil. Die Grenzen der göttlichen Erlösung wurden dabei nicht mehr nur theologisch festgehalten, sondern auch juristisch umgesetzt. Theologische Heilsgrenzen gemäß den jeweils territorial gültigen Bekenntnisgrundlagen endeten damit in der Regel an der betreffenden Landesgrenze.

So wurde auch die Kulturpolitik »konfessionell« ausgestaltet. Die weiterhin kirchlich, nun aber insbesondere auch staatlich geförderte Musik, die Dichtung, die Malerei, die Architektur, die Bildungs- und Sozialpolitik erhielten ihre konfessionelle Prägung. Doch hier zeigten sich rasch die Schattenseiten dieses Modernisierungsprozesses: Zum ersten Mal standen sich konfessionell geprägte Kultureinheiten frontal gegenüber, die die territorial verfassten mitteleuropäischen Gesellschaften tiefer und nachhaltiger spalten sollten, als die Politik es je konnte. Religiös motivierte gesellschaftliche, politische und kulturelle »Grenzen« wurden sichtbar.

Die auseinanderdriftenden konfessionellen Machtblöcke belauerten sich, militärisch hochgerüstet, höchst misstrauisch. Das 16. Jahrhundert endete in einer gesellschaftlichen Krise, die den Territorialstaaten eine kulturpolitische »Abgrenzung« nach außen wie eine kulturpolitische »Uniformität« nach innen bescherte.

3 Irenik – im Dienst der Suche nach einem theologischen und politischem Miteinander

Umso bemerkenswerter sind die Bemühungen einiger Theologen und Politiker, die sich am Vorabend des 30-jährigen Krieges im Interesse einer friedlichen Weiterentwicklung von Kirchen, Politik, Staat und Gesellschaft um eine rasche Beilegung der Krise bemühten. Die Geschichtswissenschaft verlieh ihren Bemühungen das Attribut »irenisch«. Gemeinsam ist allen Irenikern die Hoffnung, dass sich ein allgemein verbindendes Fundament, die sogenannten »Fundamentalartikel«, finden lasse, auf dem ein theologisches wie politisches Miteinander möglich sei.

Die vor dem 30-jährigen Krieg zu beobachtenden Bemühungen unterstützten meist die offizielle politische Linie der Kurpfalz. Diese Irenik war somit politisch motiviert und Ausdrucksform des politischen Selbsterhaltungstriebes der Reformierten. Sie erstrebte außenpolitische Stabilität in-

nerhalb des protestantischen Lagers und stand innenpolitisch im Dienst einer konfessionellen Ausgestaltung des betreffenden Territoriums. Die Fragen nach den Grenzen des Heils wurden somit politisch beantwortet.

Auf diese Weise korrumpiert, war die Irenik letztlich zum Scheitern verurteilt. Die meist unüberbrückbaren Grenzen zwischen den Konfessionskirchen und ihren kulturellen Lebensäußerungen sollten bis ins 20. Jahrhundert hinein gerade im ländlichen Raum deutlich spürbar bleiben. Katholische wie evangelische Milieubildungen trugen zur Abgrenzung ebenso bei wie kirchliche Bekräftigungen, dass nur die eigene theologische Position den Gläubigen das Heil garantieren könne.

Die Kirchen verstanden sich, hierin von diversen Bekenntnisaussagen gestützt, als »Heilsinstitution«, die ausschließlich ihren eigenen Anhängerinnen und Anhängern ein möglichst intaktes Gottesverhältnis zusichern könne. Diese konfessionell geprägten sozialen Lebensformen, verbunden mit kulturellen Abgrenzungen, bestimmten bis ins 20. Jahrhundert insbesondere das ländliche Leben. Soziale, kulturelle wie kirchliche Grenzüberschreitungen wurden vielfach gesellschaftlich sanktioniert.

Die vergangenen Jahrzehnte brachten grundlegende Umwälzungen mit sich. Die Kirchen werden weitgehend nicht mehr als »Heilsinstitution« wahrgenommen, die in die politische, soziale und kulturelle Lebensgestaltung der Menschen eingreifen könne. Zudem entsteht der Eindruck, als sei eine Grenzziehung in dieser Frage auf Seiten der Kirchen auch recht unbequem geworden. »Heil«, also ein ganzheitliches intaktes Gottesverhältnis, mag als Zielvorgabe den Menschen zu vermitteln sein. Die möglichen Gefährdungen dieses Verhältnisses zwischen Gott und den Menschen zu artikulieren, auch die menschlichen Anfechtungen, Gleichgültigkeiten und Verwirrungen anzusprechen, Protest dagegen zu erheben und die notwendigen Grenzziehungen vorzunehmen, scheinen allerdings für manche männliche wie weibliche kirchliche Repräsentanten höchst unpopulär zu sein. Der Eigengesetzlichkeit der Märkte, den politisch gestaltenden Kräften und den kulturell schaffenden Bewegungen gegenüber verstummen sie vielfach. Als eine Konsequenz des konfessionellen Erbes lässt sich das kirchliche Unbehagen an deutlichen Grenzziehungen, also an Differenzierungen von heilvollen versus unheilvollen Entwicklungen festhalten, das wiederum einen Verlust öffentlicher Wahrnehmung von kirchlichen Positionen innerhalb der Gesellschaft impliziert.

Ein Zurück in den Konfessionalismus kann es nicht mehr geben und so leistet eine Kirchengeschichte in ökumenischer Perspektive einen wichtigen Antwortversuch auf diese Fragestellung: Sie ermöglicht es, eigene Traditionslinien zu erkennen, und hilft somit, die vielfältige historische Genese des Christentums in seinen Höhen und Tiefen nachzuvollziehen.

Des Weiteren trägt sie dazu bei, bei aller Vorläufigkeit der Kirche ein glaubhaftes Zeugnis des persönlich gelebten Christentums zu ermöglichen, indem Grundentscheidungen dieses Glaubens anderen vermittelt werden können.

Indem die Kirchen ihre eigenen und zugleich die Traditionslinien ihrer Schwesterkirchen wahrnehmen und neu beleben, können sie letztlich in der Kulturpolitik Grenzziehungen vornehmen, ohne dabei fundamentalistischen Denkmustern zu verfallen. Diese Wiederbelebung, die nicht in ängstlicher Polemik, sondern aus einer selbstbewussten Versöhnungsabsicht heraus geschieht, impliziert durchaus auch Grenzziehungen. Denn menschenverachtende Tendenzen liegen nicht in Gottes Absicht und gefährden das Heil.

So könnte in einer ökumenisch inspirierten kirchengeschichtlichen Analyse ein Blick auf die christliche Irenik weiterhelfen: Wenn es ihr gelang, politische Unabhängigkeit zu wahren, dann widersprach sie jeglichem verabsolutierenden Machtanspruch und postulierte einen gemeinsamen, gleichberechtigten Dialog von Kirchen, Bildungsinstitutionen, Politik und Verwaltung. Zugleich widersetzte sie sich nicht nur einem konfessionalistisch geprägten Konzept, sondern auch jeglicher inhaltlicher Beliebigkeit. Es war die Grundeinsicht einer kirchengeschichtlichen Auseinandersetzung in ökumenischer Perspektive: Nur ein offener Dialog unter den gesellschaftlich relevanten Kräften, in dem die eigenen Positionen deutlich erkennbar bleiben, kann zu einem gesellschaftlichen Ausgleich führen.

4 Konsequenzen einer ökumenischen Kirchengeschichte

Auf diese Weise impliziert eine derart verstandene ökumenische Kirchengeschichtsschreibung mit Blick auf die heutige Situation unserer Kirchen Konsequenzen. Davon möchte ich im Folgenden vier knapp skizzieren: Erstens ermöglicht eine Kirchengeschichte in ökumenischer Perspektive Christinnen und Christen, fernab möglicher Vereinnahmungsversuche und Frontstellungen, mit gesellschaftlich relevanten Kräften in einen Konsultationsprozess einzutreten. Konsultationsprozess ist hier so zu verstehen, dass bestehende Vorbehalte abgebaut, Argumente ausgetauscht und miteinander beraten werden und schließlich auf der Grundlage der Gespräche Position bezogen wird.

Zweitens ist Kirchengeschichte in ökumenischer Perspektive als christliche Irenik zu verstehen und bedeutet daher Dialog. Sie bedarf einer Begegnung der Überzeugungen, Lebenserfahrungen und der Theologien. Aus christlicher Sicht muss der Konsens, zumindest die Annäherung in den Grundüberzeugungen, aus den Traditionslinien der Kirchen erarbeitet wer-

den. Gerade eine kulturpolitische Irenik muss den mühsamen Weg einer Suche nach dem Konsens beschreiten. Dabei ist ein von allen am Gespräch beteiligten Seiten akzeptiertes Wertefundament anzustreben. Dies gilt für das ökumenische Gespräch ebenso wie für den Dialog mit Angehörigen anderer Religionen und Kulturen. Eine Kirchengeschichte in ökumenischer Perspektive sucht in diesem offenen Prozess nach diesem Fundament, scheut sich aber auch nicht vor notwendigen Grenzziehungen. Schließlich weist sie zugleich auf einen entscheidenden inhaltlichen Vorsprung christlicher Kirchen gegenüber anderen gesellschaftlichen Gruppierungen hin: Sie sind spirituelle Zentren.

Drittens übernimmt eine Kirchengeschichte in ökumenischer Perspektive die Rolle einer Anwältin der Überlieferung. Theologie und Kirchen leisten mit ihren zum Teil neu gegründeten (Dorf-)Schulen, Akademien, Landvolkshochschulen und Erwachsenenbildungsangeboten eine wichtige Funktion gerade im ländlichen Raum, der zahlreiche Traditionsabbrüche erlebt. Gegenüber der Tendenz zum kollektiven Erinnerungsverlust leistet die Kirchengeschichte in ökumenischer Perspektive einen unersetzlichen Beitrag für die Weiterentwicklung und die vitale Ausgestaltung des kulturellen Gedächtnisses.

Schließlich darf eine Kirchengeschichte in ökumenischer Perspektive nicht mit inhaltlicher Beliebigkeit einhergehen, sondern ist als theologische Kraft der Differenzierung in den Auseinandersetzungen um das kulturpolitische Leitbild der Gesellschaft notwendig. Kirchengeschichte in ökumenischer Perspektive kann dazu beitragen, dass gesellschaftlicher Pluralismus akzeptiert wird, ohne dabei die notwendigen Integrationsbemühungen zurückzustellen. Dies gelingt ihr aber nur, wenn sie im öffentlichen Diskurs ihre Grenzziehungen nicht nur postuliert, sondern auch zur Diskussion stellt: Schöpfungsglaube, Menschenwürde und soziale Gerechtigkeit, christliche Werte und ihre Vermittlung gehören zur Kultur.

5 *Fazit*

Eine Nummer zu groß? Mit Vorläufigkeiten leben lernen? Aber ja doch! Allerdings sollten sich Christinnen und Christen aller Kirchen dabei ihres irenischen Erbes erinnern. Die Kirchengeschichte in ökumenischer Perspektive leistet dabei ihren unverzichtbaren Beitrag. Theologie und Kirchen werden davon profitieren. Sie sind dann, im Bewusstsein ihrer Unvollkommenheit und Vorläufigkeit zwar gesellschaftlich nicht mehr tonangebend als auch politisch machtlos, dafür aber weniger langweilig und fast schon zur Wiederentdeckung reif.